

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postkassenkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Bourgeois-Front im Reichstag gegen die Sozialisierung!

### Die Entente-Vorschläge an Deutschland.

Boulogne, 28. Juli. Bei der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten wurde eine wichtige Entscheidung in der Frage des Inkrafttretens des finanziellen Teils des Uebereinkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands auf die Anregung Marials hin getroffen. Die Wiedergutmachungskommission wird beauftragt werden, die Ausführung des Uebereinkommens in jeder Hinsicht zu sichern, sowohl was die Kohlenlieferungen als auch was die von den Alliierten zu gewährenden Vorschläge anlangt. Deutschland soll am 1. September 1920 der Wiedergutmachungskommission Schahscheine im Werte von 60 Millionen Goldmark mit dem Verfalltag des 1. Mai 1924 und einem jährlichen Zinsfuß von 6 Prozent übergeben. Nach dem 1. September 1920 und je nach der erfolgten Kohlenlieferungen wird Deutschland jährlich Schahscheine nach Maßgabe der Vorschläge übergeben. Um den Betrag an zu gewährenden Vorschlägen rasch festzustellen, kann die Kommission provisorisch die Quote der monatlich Deutschland zu gewährenden Vorschläge unter Vorbehalt späterer Beratung auf 40 Goldmark pro Tonne festsetzen. Die französischen Kreise sind von dieser Lösung sehr befriedigt.

Frankfurt a. M., 29. Juli. (Z.) In Berliner Finanzkreisen werden, wie der Frankfurter Zeitung aus Berlin berichtet wird, die aus Boulogne gemeldeten französisch-englischen Pläne über die Handhabung der sogenannten Kohlenvorschläge, bezweifelnderweise wenig günstig beurteilt, besonders was den Goldzinsfuß und die Abgabe von deutschen Schahscheinen anbetrifft, wie auch die augenscheinlich geplante Weitergabe dieser deutschen Schahscheine durch die französische Regierung. Es liegt auf der Hand, daß dadurch am internationalen Goldmarkt in einer für uns unfavourablen Weise deutsches Geld angeboten wird. Davon abgesehen würde die Annahme hinsichtlich sein, wodurch die Kredite entweder durch Entnahme vom Wiedergutmachungskonto getilgt oder automatisch in die uns aufgezwungene internationale Wiederaufbauanleihe übergeleitet werden dürften. Man lieh vielmehr die Tilgungsfrage auch auf dieser Konferenz offen. Sache der Verhandlungen müsse es sein, daß diese Methode, bei der Frankreich nicht einmal seinen eigenen Geldwert in Anspruch zu nehmen braucht, obwohl es die Kohlen zur beliebigen Verwertung bekommt, nach Möglichkeit zu beseitigen.

### Die englisch-russischen Verhandlungen.

Boulogne-sur-Mer, 28. Juli. Ueber die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Millerand telephoniert der Sonderberichterstatter der Agence Havas: Was die von der Sowjetregierung verlangte internationale Konferenz anlangt, so wird die britische Regierung im Einverständnis mit den Franzosen nicht antworten, daß die Konferenz nur dann zusammentreten kann, wenn die Bolschewisten damit einverstanden sind, daß Polens Schicksal dabei diskutiert wird. Wenn die Moskauer Regierung diesen Vorschlag annimmt, wird Millerand die Bedingungen für die Anerkennung der Sowjetregierung stellen. Alle qualifizierten Vertreter Russlands und der Mandatstaaten sollen an der Konferenz teilnehmen. Lloyd George hat alle Verhandlungen mit den Bolschewisten suspendiert. Polen kann daher hoffen, nicht in direkten Verhandlungen mit Rußland erdrückt zu werden.

### Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 28. Juli. Einem Telegramm aus Helsinki zufolge hat das finnische Ministerium des Auswärtigen Nachrichten erhalten, wonach die russische Friedensordnung für die finnisch-russischen Verhandlungen von Moskau nach Dorpat abgereist ist, wo die Verhandlungen am 28. Juli wieder aufgenommen werden. Die finnische Abordnung ist gestern abgereist.

### Schlichte gegen die Sozialisierung.

Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Freiheit teilt folgenden bemerkenswerten Vorgang aus der gestrigen Reichstagsitzung mit:  
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat in einem Antrag die sofortige Sozialisierung des Bergbaues verlangt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Aber selbst in dieser Grundfrage der sozialistischen Arbeiterbewegung hat sich die Tatsache ergeben, daß ein Mitglied der rechtssozialistischen Partei ostentativ dem Antrage der Unabhängigen die Zustimmung verweigerte. So

war dies der frühere Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Herr Alexander Schlichte. Er blieb bei der Abstimmung sitzen und erhob sich selbst dann nicht, als Rufe von unsern Genossen ihn an seine Pflicht zu erinnern suchten und Gesinnungsgenossen von ihm zum Ausschreiten zu veranlassen suchten.

Die Note Rahne teilt dazu noch mit, daß auch Kara Zetkin gegen diesen Antrag gewesen sei. Sie habe sich zwar nicht gegen ihn gewandt, aber sich doch der Stimme enthalten. Diese Mitteilung dürfte nicht zureichen, denn man kann sich in diesem Falle nicht der Stimme enthalten, sondern man muß entweder aufstehen oder durch Sitzenbleiben gegen den Antrag stimmen.

### Enthüllungen über das Balkum-Verbrechen.

#### Seine Förderung durch Ebert-Roske.

Berlin, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Note Rahne veröffentlicht längere Einzelheiten aus einem Bericht des dem Generalkommando zugeleiteten Rittmeisters des Leibgarde-Kavallerie-Regiments, von Rosenbergs, vom 31. 12. 19, der aus Berlin datiert ist. Man erfährt daraus interessante Einzelheiten über die Anfänge des, baltischen Abenteuers, und entnimmt daraus, daß auch die Regierung der Ebert-Roske den Plänen der konterrevolutionären Offiziere wohlwollend gegenübergestanden hat und die gegen die russischen revolutionären gerichteten Anstrengungen der Gegenrevolutionäre wohlwollend durch ihre Unterstützung gefördert hat.

### Ein zweiter Fall Kessel.

#### Der Kappist Anlock freigelassen.

Der Vorwärts meldet unterm 27. Juli aus Breslau: „Der in Untersuchungshaft befindliche Oberleutnant v. Anlock ist jetzt aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Als Grund hierzu wurde sein angeblich durch ein Ungeheuren geschwiebener Zustand vorgeschützt. Wenn man an die Rolle denkt, die Herr v. Anlock in den Märztagen und bei der Ermordung des Redakteurs Schottländer gespielt hat, wird man die große Erregung, die sich der Breslauer Bevölkerung infolge dieser unerhörten Freilassung bemächtigt hat, nur vollumfänglich verstehen.“

Es ist wahrhaft merkwürdig, wie sehr gerade die Kappisten von Krankheiten heimgesucht werden. Armer Kessel, armer Anlock!

### Eine Drohnote der Entente an Oesterreich.

Wien, 29. Juli. (Z.) Die Entente hat wegen des Vertrags für den Kriegesgefangenen-austausch, den die österreichische Regierung mit der russischen Sowjetregierung abgeschlossen hat, eine schwerwiegende Drohnote an die deutschösterreichische Regierung gerichtet. In dem Vertrag hatte sich Oesterreich zur Neutralität verpflichtet und zugesagt, daß es die Durchfuhr von Waffen durch Oesterreich verhindern werde. Wegen dieser Bestimmung und einiger anderen hat die Reparationskommission der österreichischen Regierung die Note überreicht. Diese Droht an, daß sie Oesterreich die gegenwärtigen Kredite und der Bevölkerung die Nahrungsmittelzufuhr entziehen werden, falls Oesterreich auf der Durchführung des Vertrags mit der Sowjetregierung beharren sollte.

### Die Entscheidung über Teschen.

Wagel, 29. Juli. (Z.) Der Vorkommerrat hat Pariser Meldungen zufolge nunmehr endgültig die Grundlagen für die Regelung der Teschener Gebietsfrage festgelegt. Die Verteilung der Kohlenbecken von Karwin der Tschecho-Slowakei zugesprochen werden. Dagegen wird die Stadt Teschen den Polen zugesprochen. Die Eisenbahn, die die Gegend von Norden nach Süden durchzieht, wird sich auf tschecho-slowakischem Gebiet befinden. Was die Gebiete von Zips und Karwe betrifft, so wird der größte Teil von diesem Gebiet der tschecho-slowakischen Republik zugesprochen.

### Die Einladung zum Völkerbund.

Zürich, 28. Juli. (Z.) Die offizielle Einladung für die erste Versammlung des Völkerbundes, die im November in Genéve abgehalten wird, ist in Bern eingetroffen. Die Schweiz wird auf der ersten Völkerbundskonferenz voraussichtlich an erster Stelle durch den Bundespräsidenten Motta selbst vertreten sein.

### Eine Kriegserklärung an die Arbeiterklasse.

Der Beschluß, der in der gestrigen Reichstagsitzung die Debatten über Spa abschloß, ist ein Fanal für die deutsche Arbeiterklasse. Es kommt, wie wir es vorausgesagt haben. Die deutsche Bourgeoisie will die Lasten des Spa-Abkommens auf die deutsche Arbeiterklasse abwälzen! Die geschlossene bürgerliche Front fand sich am Mittwoch zusammen, um die Forderung der Arbeiterklasse nach der Sozialisierung der Kohlenbergwerke niederzustimmen. Selbst in diesem Moment, wo es darauf ankommt, die Hilfe der Arbeiterschaft für die Ausführung des Kohlenabkommens zu erhalten, selbst in diesem Moment können sich die Vertreter der Kapitalisten nicht dazu aufschwingen, auf einen Teil ihrer Privilegien Verzicht zu leisten. Selbst jetzt, wo die Existenz des Reiches auf dem Spiel steht, wo sie die weitere Fortdauer Deutschlands nur verhindern können, wenn die Bergarbeiter- und die Transportarbeiter-klasse all ihre Kräfte für die Steigerung der Kohlenförderung und -beförderung aufbietet, selbst in dem Moment können die kapitalistischen Parteien es nicht über sich bringen, den Arbeitern ein Zugeständnis in der Sozialisierungsfrage zu machen. Selbst in diesem hochkritischen Augenblick geht ihnen die Sicherung des Kapitalprofits über das Wohl der Allgemeinheit, über das Schicksal der Nation und sie scheuen sich nicht, den Arbeitern, deren guten Willen sie so bitter nötig haben, zu sagen, daß sie vor der bürgerlichen Welt in ihrem Kampfe um ihre wirtschaftliche Befreiung nichts als den erbittertesten Widerstand zu erwarten haben.

Das wundert uns nicht. Wir wissen sehr gut, daß noch nie eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Privilegien verzichtet hat, daß eine jede sie bis zuletzt, und sei es auf Kosten der nationalen Unabhängigkeit, die diesen Nationalpatrioten angeblich über alles geht, mit Zähnen und Nägeln verteidigt hat. Wir sparen uns deswegen jede völkermoralische Entrüstung. Aber es ist gut, daß der deutschen Arbeiterklasse durch diese Haltung der bürgerlichen Reichstagsmehrheit wieder einmal grelle Klarheit über die unüberbrückbare Feindschaft zwischen Kapital und Arbeit gegeben worden ist. Alle Phrasen von der Verständigung zwischen den beiden Lagern, von der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unternehmern und Arbeitern, die über den großen Abgrund des Klassenkampfes die Brücke schlagen soll, sie zerplatzen wie Nebelstücken beim Anfang der Sonne vor dem Rotum der bürgerlichen Reichstagsmehrheit wider die Sozialisierung der Kohlengruben!

Auch die schwerhörigsten Ohren werden aus diesem Beschluß heraushören den brutalen Machtpruch der herrschenden Klasse, auch die blödesten Augen werden erkennen, daß sich in dieser Handlung der feindselige Bloß gegen die Arbeiterklasse kundgibt. Der Schwindel von der „marschierenden Sozialisierung“, der bislang immer noch heuchlerisch aufrechterhalten wurde, zerfällt in Nichts. Seine Verlogenheit ist unüberlegbar aufgedeckt. Wir sind überzeugt, daß die bürgerlichen Politiker hinterher versuchen werden, die Bedeutung ihres Beschlusses zu verhüllen und von neuen Illusionen über ihre Stellung zur Arbeiterschaft in dieser Zeit zu erwecken, aber das Proletariat, das diese Abstimmung nicht zu deuten wüßte, würde seine Knechtschaft verdienen. Nichts andres kann ihm der Abschluß der Spa-Debatte sagen, als die kategorische Aufforderung an sich selbst: Hier ist euer Feind! Hier kämpfe!

Ueber die Mittwochsitzung des Reichstags wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Rechtssozialisten sind aus ihrer halben Reservestellung herausgetreten, die sie der neuen Regierungskoalition gegenüber eingenommen haben und haben nun im Reichstag mit den bürgerlichen Regierungsparteien zusammen die Vertrauensfundgebung eingebracht, die dann auch in der neunten Abendstunde gegen die Stimmen unserer Fraktion und die der Deutschnationalen angenommen wurde. Die Regierung ist also für den Augenblick gerettet. Misgelaht wurde gegen ihre Stimmen das Mißtrauensvotum, das die Deutschnationalen Fraktion eingebracht hatte; ebenso der von unserer Fraktion gestellte Antrag, der als Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa die sofortige Sozialisierung der Bergwerke fordert, gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Die Debatte selbst über die Spaer Verhandlungen war nicht mehr ertragreich. Zu steigern war sie nach den gestrigen Verhandlungen ohnehin nicht und neues konnte kaum noch gesagt werden. Das am meisten angefeindete Mitglied des Hauses, der allmächtige Stinnes, hat es